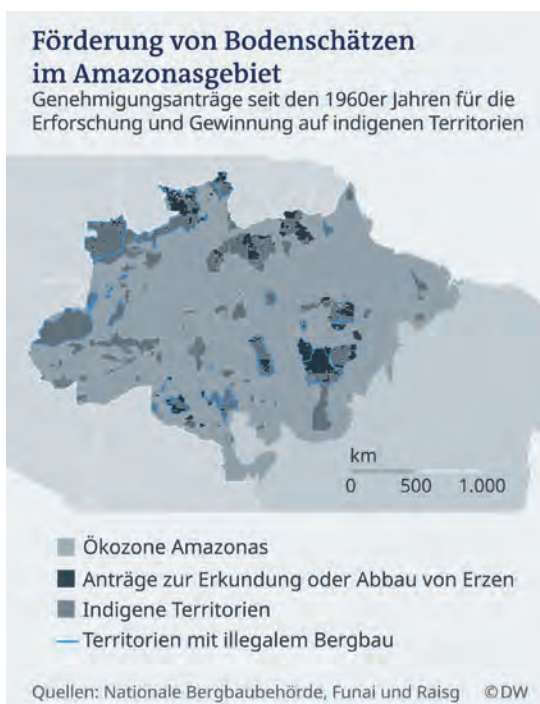




Foto: Circuito Foto do Exor/flickr.com

Rohstoffabbau für Handy und Co – Bergbau bedroht indigene Gemeinschaften in Brasilien

Gold, Tantal, Niob, Kupfer oder Zinn – Viele Rohstoffe, die auch für Mobiltelefone und Elektronik von Bedeutung sind, liegen in den indigenen Reservaten Brasiliens verborgen. Konnte die indigene Bewegung nach dem Goldrausch in den 1980er Jahren die Anerkennung wichtiger sozialer und kultureller Rechte und einen Schutzstatus für viele Gebiete erreichen, so wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Berichte von illegalem Rohstoffabbau, Kooptation und gewaltsamer Bedrohung von indigenen Gemeinschaften sowie negative Folgen von Bergbau für Gesundheit, Umwelt und sozialem Frieden in den geschützten Gebieten öffentlich. Rechte von Indigenen werden beschnitten und ihre Lebensgrundlage im Amazonas zerstört.



Autoren:
Bruno Lupion,
Christian Weiss



Terra Indígena – Land der Indigenen

In Brasilien leben heute etwa 900.000 Indigene. Sie machen damit einen Anteil von unter 0,5 % der brasilianischen Bevölkerung aus. Die indigenen Territorien (Terra Indígena) umfassen 723 Gebiete. Zusammen machen diese 13,8 % des brasilianischen Staatsgebietes aus. Fast ausschließlich befinden sie sich im Amazonasgebiet. Nur 1,5 % der Gebiete liegt außerhalb des Amazonas; sie sind jedoch deutlich dichter bevölkert. Die meisten Schutzgebiete werden durch die traditionellen Bewohner*innen in einer Weise genutzt, die an das jeweilige Ökosystem angepasst ist. Sie sind daher in

besonders wertvollem ökologischem Zustand. Indigene Agroforstmethoden etwa verbessern die nährstoffarmen Amazonasböden.

Die indigenen Gebiete gehören zwar dem Staat, doch den indigenen Bewohner*innen wird über lang erstrittene Regelungen in der brasilianischen Verfassung von 1988 ein dauerhaftes Bleiberecht und die exklusive Landnutzung garantiert. Aufgabe der Indigenen Schutzbehörde FUNAI ist es, die bereits anerkannten Gebiete zu schützen, aber auch neue Gebiete zu vermesen und rechtlich anzuerkennen.

Immer schon lastet ein starker Druck aus den Industriezweigen Bergbau und Landwirtschaft auf den geschützten Gebieten und den dort lebenden Gemeinschaften. Um die Jahrtausendwende noch galt Brasilien gemeinhin als guter Verwalter des Amazonasgebiets; ein Jahrzehnt später jedoch wurde begonnen, den Ausbau der Infrastruktur im Amazonasgebiet zu ermöglichen. Fehlte der politische Wille, die verbrieften Rechte der Indigenen auch gegen wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, bereits in der Interimsregierung unter dem Präsidenten Michel Temer (08/2016 – 12/2018), so zeichnete sich nach dem Regierungswechsel (01/2019) unter Bolsonaro weiter ein kontinuierlicher Abbau von Land- und Minderheitenrechten ab. Rechte und Interessen der Indigenen wurden als Hemmnis nationaler Entwicklungspläne betrachtet.

Bolsonaro versuchte (vergeblich), die Aufgaben der FUNAI in das Landwirtschaftsministerium zu verschieben, das kein Interesse am Schutz der indigenen Gebiete hat. Budgets wurden gekürzt und Angestellten untersagt, mit der Presse zu sprechen. Im Juli 2019 ernannte er Augusto Xavier da Silva, einen der Agrarindustrie nahestehenden, hochrangigen Polizeibeamten, zum Präsidenten der FUNAI.

Immer wieder drohte Bolsonaro damit, die Politik der neuen Ausweisungen indigener Gebiete (Demarkation) zu beenden. Entsprechend ging die Ausweisung solcher Gebiete im Jahr 2019 auf null zurück. Auch drohte der Präsident mit dem Ausstieg aus der ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte Indigener Gemeinschaften, die Brasilien 2002 in nationales Recht umgesetzt hatte. Ein Gesetzesentwurf, der bislang (Stand 04/2020) noch nicht verabschiedet ist, soll den Abbau von Bodenschätzen in den indigenen Gebieten erleichtern.

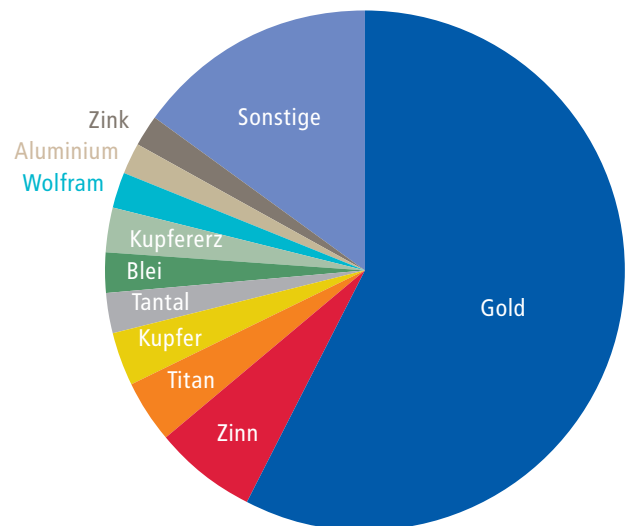
Seit dem Regierungswechsel 2019 drängten vermehrt Holzfäller und Bergleute in die Gebiete der indigenen Gemeinden ein. Der Bericht des Indigenen-Missionsrats CIMI verzeichnet für 2019 160 Invasionen, eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Jahr 2018, in dem 111 Invasionen gezählt wurden. Beobachter*innen werten dies als eine direkte Folge der Politik Bolsonaros und der mit ihr verbundenen Lockerung von Inspektionen der Gebiete.

Bergbauanträge bedrohen isolierte indigene Völker

Mit der wahrgenommenen Lockerung des Schutzes indigener Gebiete, stieg auch das Interesse von Bergbauunternehmen an der Erkundung von Lagerstätten, die bei der Nationalen Bergbaubehörde beantragt werden müssen: Wurden 2018 insgesamt 31 Genehmigungen beantragt, so waren es von Januar bis Juli 2019 bereits 76, also mehr als doppelt so viele.

Anfang 2020 berichtete die investigative journalistische Plattform Observatório da Mineração, sich auf Daten des nichtstaatlichen Sozial- und Umweltinstituts (ISA) und der Nationalen Bergbaubehörde berufend, dass von den Anträgen auf Bergbauaktivitäten eine Bedrohung insbesondere für isolierte indigene Gemeinschaften ausgehe, also für jene, die sich gegen einen Kontakt zu anderen Völkern und Außenstehenden entschieden haben. Die insgesamt verzeichneten 3773 Anträge würden 31 indigene Gebiete und 17 Naturschutzgebiete betreffen, in deren Umkreis sich 71 Aufzeichnungen über isolierte indigene Gemeinschaften befinden. Insgesamt hat das ISA 120 isolierte Gemeinschaften verzeichnet, d.h. die beantragten Bergbauaktivitäten hätten bei einer Genehmigung Auswirkungen auf mehr als die Hälfte der isolierten Völker. Fast die Hälfte der betroffenen Anträge geht von zehn großen Unternehmen aus, angeführt von Silvana Mining (626 Anträge), Vale (190 Anträge) und Tangara Mining (141 Anträge).

In Bergbauanträgen fokussierte Rohstoffe



Die Anträge auf Erkundung der Lagerstätten beziehen sich auf mindestens 43 verschiedene Mineralien. Der größte Teil (58 %) bezieht sich auf Gold. Am zweithäufigsten ist Zinn (7% der Anträge) betroffen, gefolgt von Titan (4%), Kupfer (3,2%) und Tantal (2,6%).

Quelle: Observatório da Mineração (01/2020) beruhend auf Daten von ISA und der Nationalen Bergbaubehörde.



Wertvolle Metalle – auch für Mobilfunk und Elektronik

Die Rohstoffe, die in indigenen Territorien lagern und auf die die Bergbauindustrie - teils über illegale Bergbauaktivitäten, über Anträge und politischen Druck zur Freigabe – zielt, sind auch für Mobiltelefone von Relevanz.

- **Gold** ist im Handy vor allem in den haarfeinen Drähten verbaut, die den elektrischen Kontakt zwischen den unterschiedlichen Bauteilen herstellen.
- **Zinn** verbindet als Lötzinn kleine Bauteile auf der Leiterplatte.
- **Titan** wird u.a. im Gehäuse von Luxushandys verbaut.
- **Kupfer** findet sich in Ladekabeln und Drähten und Leiterbahnen.
- **Tantal** wird in Mikrocondensatoren eines Handys verwendet und zeichnet sich durch seine hohe Korrosions- und Temperaturbeständigkeit aus.

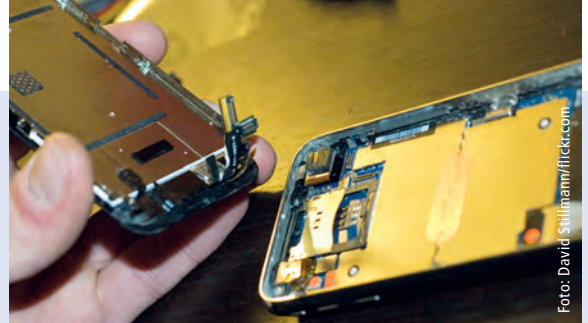


Foto: David Stillmann/flickr.com

Brasilien ist (Stand 2016) drittgrößter Exporteur von Tantal.

- **Niob** wird als Ersatzstoff für das teurere Tantal gehandelt. Auch findet es in Touchscreens und optischen Linsen Verwendung. Brasilien ist mit 88,7 % Anteil an der weltweiten Förderung führend im Niobabbau. Das Unternehmen CBMM, das nahe der Stadt Araxá in Minas Gerais in großem Tagebau Niob abbaut, ist weltgrößter Exporteur. Bolsonaro identifizierte im Niobabbau einen Zukunftsmarkt und kündigte an, das Indigene Territorium Raposa Serra do Sol in ein „Niob-Valley“ verwandeln zu wollen. Die Ausweisung des Gebiets als indigenes Territorium plante er rückgängig zu machen.

Yanomami – Ein Volk kämpft gegen illegalen Raubbau

Die Verschärfung der Situation für indigene Gemeinschaften lässt sich am Beispiel des Volkes der Yanomami verfolgen, das im tropischen Regenwald des nördlichen Amazonasgebiets lebt.

Ihre Geschichte ist von den negativen Folgen des Bergbaus geprägt: In den 1980er Jahren drangen etwa 40.000 Minenarbeiter*innen auf der Suche nach Gold in die Heimat der Yanomami ein. Innerhalb von sieben Jahren starben schätzungsweise 20 % der dort lebenden indigenen Bevölkerung an eingeführten Krankheiten und Gewalt. Wurde auch nach der Anerkennung ihres Landes als Terra Indigena 1992 das Eindringen illegaler Goldgräber*innen immer wieder zum Problem, so wird seit etwa 2014 eine Zunahme der Invasion verzeichnet.

Eine Studie der Oswaldo-Cruz-Stiftung (Fiocruz) und des Sozial- und Umweltinstituts (ISA) aus dem Jahr 2016 stellte fest, dass der Einsatz von Quecksilber im Goldabbau die Gesundheit der Yanomami gefährdet. Mehr als 92 % der Yanomami, die in Aracaçá, der Gemeinde, die den illegalen Abbaustätten am nächsten liegt, auf Rückstände von Quecksilber in Haarproben getestet wurden, wiesen extrem hohe Kontaminationswerte auf. In der Papiú-Region, die am weitesten von den illegalen Abbaustätten entfernt ist, wurde in nur 6,7 % der Proben Quecksilber nachgewiesen.

Unter Präsident Bolsonaro und seinem Einfluss auf die staatlichen Behörden wurden Inspektionsbasen im Gebiet der Yanomami geschlossen und damit dem illegalen Bergbau weitere Tore geöffnet. Hutukara, der Verein der Yanomami, der immer wieder auf die Bedrohung des Amazonas und der Kultur und Gesundheit der Indigenen aufmerksam macht, bat Mitte 2019 die brasi-

lianische Regierung um Hilfe, da mehr als 10.000 Garimpeiros, d.h. informelle Goldsucher*innen in das Gebiet der Yanomami eingedrungen seien. Die Goldgräber*innen planen offenbar langfristig: Bei Überflügen wurden ganze Barackensiedlungen und versteckte Landebahnen gesichtet. Davi Kopenawa, Gründer von Hutukara und Sprecher der Yanomami, warnt eindringlich vor der Öffnung des Amazonasgebietes für kommerzielle Interessen. 2019 wurde ihm für sein Engagement der Alternative Nobelpreis verliehen.

»Der Alternative Nobelpreis 2019 gibt mir die Kraft weiterzukämpfen, um die Seele des Amazonas zu verteidigen. Wir, die Völker des Planeten, müssen gut leben und für unser Land sorgen, damit zukünftige Generationen es weiterhin nutzen können.«

Davi Kopenawa, Sprecher der Yanomami



Foto: Davi Joelle Hernandez/flickr.com

Corona erfordert zusätzlichen Schutz

Eingeschleppte Krankheiten bedrohten in der Vergangenheit immer wieder die Gesundheit indigener Gemeinschaften. Insbesondere für jene Indigenen, die bislang keinen Kontakt außerhalb ihrer Gemeinschaft hatten, stellt das sich auch in Brasilien ausbreitende Corona-Virus eine Lebensgefahr dar. Ihr Schutz vor illegalen Bergbauaktivitäten wird umso dringlicher.

Kirchen unterstützen die Rechte indigener Gemeinschaften

Kirchliche Akteure nehmen in der Unterstützung des Kampfes der indigenen Gemeinschaften in Brasilien eine wichtige Rolle ein. So mahnt etwa der katholische Indigenen-Missionsrat CIMI immer wieder ein verantwortungsvolles Regierungshandeln an. Die Evangelische Kirche lutherischen Bekenntnisses in Brasilien (IECLB) setzt sich über den Missionsrat unter Indigenen Völkern COMIN für die Apurinã (etwa 7.000 Menschen) in der Amazonas-Region ein. Dabei geht es um das Recht auf Selbstbestimmung und auf Land, um die Bewahrung der Kultur und der traditionellen Organisation sowie die Stärkung der indigenen Identität. Die Erlöse der Handyaktion Niedersachsen fließen unter anderem in diese Arbeit. Infos: www.elm-mission.net

Handlungsbedarfe

Durch die Regierungsführung der letzten Jahre droht eine massive Zerstörung der Lebensgrundlagen indigener Gemeinschaften durch die Bergbau- und Agrarindustrie. Die internationale Gemeinschaft muss den

Schutz der indigenen Gemeinschaften gegenüber Brasilien aktiv einfordern. Dies betrifft z.B. auch die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union.

Unternehmen des Rohstoffabbaus, aber auch rohstoffverarbeitende Unternehmen – wie etwa jene der Mobilfunk- und Elektronikindustrie – müssen im Sinne ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten sicherstellen, dass das in der ILO-Konvention 169 verbrieftete Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung indigener Gemeinschaften im Rohstoffabbau gewahrt wird. Auch dann, wenn Brasilien selbst aus der Konvention austreten sollte. Sie dürfen nicht zu Nutznießer*innen einer die Rechte der Indigenen verachtenden politischen Linie werden. Eine Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland, wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt ist, würde international eine wichtige Stärkung der Konvention signalisieren.

Regeln für Unternehmen, wie sie in Deutschland in einem Lieferkettengesetz (www.lieferkettengesetz.de) und international über ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN Treaty) festgeschrieben werden können, würden dazu beitragen, dass mit menschenfeindlicher Politik keine Geschäfte zu machen sind. Die Rechte von indigenen Gemeinschaften müssen im Lieferkettengesetz wie auch im UN-Abkommen explizite Beachtung finden.

Global wachsende Rohstoffbedarfe setzen Anreize, dass auch bislang geschützte und besonders artenreiche Gebiete ins Visier von Abbaubestrebungen gelangen. Anstrengungen zur Verringerung des Rohstoffverbrauchs sind daher von Nöten. Durch lange Nutzung von Handys, Elektronik und weiteren Gütern des Alltags, durch Reparatur und fachgerechtes Recycling kann jede*r Einzelne hierzu einen Beitrag leisten.

Handy-Aktionen – fragen, durchblicken, handeln!



Mobiltelefone enthalten wertvolle Rohstoffe, deren Abbau zumeist mit Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung verbunden ist. Umso wichtiger ist das fachgerechte Recycling ausgedienter Handys. So können Rohstoffe zurückgewonnen und illegaler Export von Elektroschrott vermieden werden. In vielen Regionen Deutschlands rufen daher Handy-

Aktionen zum Sammeln alter Handys auf und unterstützen Sie, diese mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Menschenrechten zu verbinden. Initiativen finden Sie in...

- Baden-Württemberg: www.handy-aktion.de
- Bayern: www.handyaktion-bayern.de
- Niedersachsen: www.handyaktion-nds.de
- NRW: www.handyaktion-nrw.de
- Saarland: www.saarland.de/handy.htm

Eine Veröffentlichung der



Die Handyaktion Niedersachsen wird getragen von



Gefördert durch:



Druck des Factsheets für NRW gefördert durch:



Impressum
Bonn, Juni 2020
Herausgeber
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de
Bankverbindung:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Autorinnen:
Eva-Maria Reinwald,
Sofie Jokerst
Redaktion und Lektorat:
Nathalie Grychtol
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner
Gestaltung: www.pinger-eden.de
Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Für den Inhalt dieser Publikation sind allein die Herausgeber verantwortlich.